

## **Wahlprüfsteine Aids-Hilfe - Antworten DIE LINKE Baden-Württemberg**

Frage 1)

Unsere Partei verurteilt die Diskriminierung gesellschaftlicher Gruppen wegen chronischer Infektionen und geschlechtlicher Identität sowie sexueller Orientierung. Die/der Landtagsabgeordnete\*, die den besten fachlichen Bezug zu diesem Thema hat, würde sich mit einem Vertreter von Ihnen treffen, um sich über den Bestand ihrer Arbeit und die Bedarfe zu informieren.

Frage 2)

Aufklärungsarbeit ist sehr wichtig. Dabei würden wir uns dafür einsetzen, dass auch in den Leerplänen der Schulen dieses Thema mit aufgegriffen wird. Über die Höhe der finanziellen Unterstützung können wir dann entscheiden, wenn das Gespräch mit Ihnen stattgefunden hat.

Frage 3)

Die Linke würde die Erweiterung des Artikel 3 des Grundgesetzes in diesem Sinne mit unterstützen. Entsprechende Mehrheiten in Bundesrat und Bundestag sind dazu notwendig.

Frage 4)

Ihre Frage beinhaltet in gewissem Maße ggf. selbst diskriminierende Zuschreibungen. Konkrete Gesundheitsprojekte wie an der Universitätsklinik Freiburg, die sich an beschnittene Frauen wendet, befürworten wir allerdings sehr. In unserem Programm findet sich auch die Forderung, die Breite der Krankenhäuser im Ländlichen Raum zu erhalten. Die Kürzungspläne von Sozialminister Lucha (Grüne) kritisieren wir vehement und verorten uns in Bürgerinitiativen, die sich dagegen wehren.

Frage 5)

Wir unterstützen Initiativen, die sich dieses Ziel gesetzt haben auf Kommunal- und natürlich auf der Ebene von Baden-Württemberg.

Frage 6)

Wir werden Ihre Informationen dazu auf Podien zu diesem Thema oder angrenzenden Themen unterstützen.

Frage 7)

Das AGG muss auch in dieser Hinsicht breiter angewendet werden. Dazu bedarf es u. a. einer breiteren und effektiveren betrieblichen Mitbestimmung, wie sie in unserem Programm verankert ist. Am Arbeitsplatz verbringen die Menschen ca. 2/3 ihrer Zeit in wachem Zustand. In dieser Zeit werden wesentliche Erfahrungen gemacht, auch wie gegen Ausgrenzung und Rassismus vorgegangen werden kann.

Frage 8)

Auf das innerbetriebliche Vorgehen in privaten Praxen, privaten Krankenhäusern und Rehakliniken hat das Land BA-WÜ keinen direkten Zugriff. Anders sieht es aus bei Eigentümergesellschaften, die in kommunalen sind oder in landeseigenen Untergesellschaften wie die 4 Universitätskliniken sind. Dort kann direkt Einfluss genommen werden, wenn es zu Beschwerden kommt.

Für die vielen privatisierten Krankenhäuser in den Händen großer Konzerne wie Helios oder Askelsios würde eine Beschwerdestelle, die mit Ombudsfrauen\* besetzt sind mit möglichst regionaler Verankerung. Diesen bliebe bei Beschwerden nur der Gang über die Presse, was ggf.

mühselig ist. Vergleichen Sie unsere Vorschläge in unserem Programm zu den Notwendigkeiten im Krankenhauswesen.

Frage 9)

Diese Beschwerdestelle mit Ombudsfrauen\* besetzt könnte auch hier der Ansprechpartner\*in sein.

Frage 10)

In den Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen in den Universitätskliniken (s.o) ist dieses Phänomen mit zu berücksichtigen. Über die KV wäre zu gewährleisten, dass der Beruf der Kranken- und Gesundheitspflegerin mit einem Punktesystem gezwungen ist, ihre Qualifikation zu erhalten. In Fortbildungslehrgängen ist auch dieses Phänomen zu berücksichtigen. Das Bildungsteilhabegesetz BA-WÜ ist so zu erweitern, dass soziale und Gesundheitsberufe ein Anrecht auf 10 Tage Fortbildungsurlaub jährlich zu erhalten haben. So kann gewährleistet werden, dass in diesen Berufszweigen eine Weiterqualifizierung proaktiv angelegt ist.

Frage 11)

Wen wir die 5 %-Hürde knacken, können ist uns dieser Diskriminierung aufgrund der größeren personellen Ressourcen besser entgegenstellen.

Frage 12)

Eine sehr hypothetische Frage. Die WHO ist auf jeden Fall mit viel mehr Finanzen und Kompetenzen auszustatten. Das 90-90-90-0-Ziel zu HIV ist akut allerdings von Anti-Corona-Aufgaben überschattet. Es ist vom publizistischen Interesse allerdings sehr darauf zu achten, dass andere Krankheitsbilder nicht in den Hintergrund geraten.

Frage 13)

Wir stehen für eine Drogenpolitik, bei der leichte Drogen mit THC legalisiert werden sollten. Der Preis der jetzt schon in Apotheken legal erwerbbaaren Cannabis-Produkte ist dabei zu hoch. Damit erhoffen wir uns, dass eine Entkriminalisierung der Szene erfolgt und die Hintermänner mit diesen Produkten nicht mehr diese hohen Gewinne machen werden können und der Markt so austrocknet. Damit ist auch gewährleistet, dass nur reines Material mit nicht diesem Hohen THC-Mengen gekauft werden kann. Allerdings nehmen wir Untersuchungen genau zur Kenntnis, dass THC-Gebrauch auch ein hohes Risiko zum Ausbruch einer Psychose mit sehr schädlichen, teils lebenslangen Folgen in sich birgt und generell zu einer wirklichkeitsfremden Wahrnehmung der Welt führt.

Auch harte Drogen sind zu entkriminalisieren. Die Aufklärungsarbeit an den Schulen ist wesentlich zu erhöhen. Einschränkungen durch Corona dürfen nicht zur Vernachlässigung dieses Themas führen, da Vereinsamung immer ein erhöhtes Suchtrisiko in sich birgt.

Frage 14:

Ja, das würden wir.

Frage 15:

Bessere Aufklärung ist auch in Haftanstalten voranzutreiben. Die Sozialarbeit in Haftanstalten ist wesentlich auszubauen, da uns die Mechanismen von Gewalt, sexueller Nötigung und Mobbing innerhalb der Strukturen der Haftanstalten bekannt sind.

Frage 16:

Das Sexkaufverbot ist in der Linken ein Thema, das noch nicht endgültig geklärt ist. Der Landesverband Baden-Württemberg unterstützt eine Gruppierung innerhalb der Linken Partei, die dieses Thema zur Beschlussfassung innerhalb der Bundes-Partei festsetzen will.

Frage 17:

Solche Projekte wie P.I.N.K sind großzügig zu unterstützen. Dort wird vorbildlich Sexualarbeiter\*innen ein Ausstieg aus den entmenslichenden Arbeitsbedingungen von Betroffenen ermöglicht.

Frage 18:

Ja

Frage 19:

Dieses Gesetz ist sehr in Frage gestellt, da Prostitution sich in die Illegalität verlagert.

Frage 20:

Wir werden uns dafür einsetzen in Ihrem Sinne einsetzen, wenn wir in den Landtag gewählt werden.

Über die Höhe können wir derzeit noch nicht festlegen, da wir bei einem Einzug uns erst auf einem Landesparteitag darübereinstimmen müssen.

Frage 21:

Ja

Frage 22:

Es wird nicht so schnell eine Zeit „nach“ Corona kommen. Deshalb ist die personelle Besetzung der Gesundheitsämter in Baden-Württembergs wesentlich zu erhöhen. Die Bezahlung für ausgebildetes Personal ist dementsprechend zu erhöhen, damit der Anreiz für Neueinstellungen gewährleistet ist.

Frage 23:

Sie muss in alle Lehrpläne aufgenommen werden.

Frage 24:

Wir werden uns dafür einsetzen (s.o.)

Frage 25:

Zuschüsse vom Landeshaushalt in entsprechender Höhe, dass die Bezahlung nach SUE-Tarif möglich wird oder bleibt.

Frage 26:

Sofern sie genügend Aussicht auf Effektivität haben, werden wir diese unterstützen.